



Newsletter

Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

☎ (030) 227-75613

☎ (030) 227-76570

✉ eckhardt.rehberg@bundestag.de
🌐 www.eckhardt-rehberg.de

Berlin, 4. Mai 2010

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Hilfen für Griechenland – Stabilität des Euro:** Gestern haben wir in einer Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Situation in Griechenland beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass es zu dem jetzt eingeschlagenen Weg keine verantwortbare Alternative gibt. Wir bereiten nun die Verabschiedung des Gesetzes zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion am kommenden Freitag vor und werden uns in einer weiteren Sondersitzung am kommenden Donnerstag noch einmal mit dem Gesetz und den erforderlichen begleitenden Maßnahmen befassen.
- **Wir machen Deutschland zur Bildungsrepublik - Berufsbildungsbericht:** Die christlich-liberale Koalition ist im Herbst des letzten Jahres angetreten, um die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen. Die Investitionen in Bildung und Forschung steigern wir deshalb massiv: Bis 2013 werden wir zusätzlich 12 Mrd. Euro bereitstellen. Die berufliche Bildung ist ein zentraler Bestandteil dieses Prozesses.

Der Berufsbildungsbericht 2010, den das Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen hat, macht deutlich, dass sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise auch die Ausbildungssituation für Jugendliche nicht wesentlich verschlechtert hat. Im vergangenen Jahr waren erneut mehr freie Lehrstellen zu verzeichnen als unversorgte Bewerber. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt allen Ausbildungsbetrieben des Jahres 2008/2009 für ihr Engagement und appelliert an die Wirtschaft, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.

Zugleich zeigt der Berufsbildungsbericht aber auch, dass eine große Zahl junger Menschen nicht ausbildungsreif ist und ihnen damit der Übergang von der Schule in den Beruf schwer fällt. Insgesamt verfügen 15 % der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren und fast 40 % der ausländischen Jugendlichen über keinen Berufsabschluss. Mit dieser hohen Zahl finden wir uns nicht ab. Dabei geht es nicht nur um „Fachkräftemangel“ und „Negativeffekte“ auf unsere Wirtschaft, sondern insbesondere um die Lebenschancen unserer jungen Menschen. Wir wollen deshalb mit einer Ausbildungsoffensive, insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund, gezielt zur Bildungsintegration beitragen. Dazu gehört die frühzeitige individuelle Förderung der Jugendlichen ebenso wie die Ausschöpfung der Ausbildungspotentiale ausländischer Unternehmen.

Anlässlich der Vorlage des Berufsbildungsberichtes 2010 hat Bundesministerin Annette Schavan eine neue Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ vorgeschlagen, mit der der Übergang in die berufliche Ausbildung gefördert werden kann. In Zusammenarbeit mit den Ländern und Sozialpartnern sollen im Rahmen dieser Initiative bildungsgefährdete Jugendliche von der 7. Klasse an bis zum Ausbildungsabschluss durch Bildungslotsen begleitet werden.

- **Politik für die Beitragszahler – Reform der Arzneimittelversorgung:** Um die Kostensteigerungen im Gesundheitssystem zu begrenzen, fordern wir auch von den Pharmaunternehmen einen solidarischen Beitrag ein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb gemeinsam mit unserem Koalitionspartner im März ein Maßnahmenbündel erarbeitet, das einen weiteren Anstieg der überproportional angewachsenen Arzneimittelausgaben verhindern soll. Entsprechende Eckpunkte hat das Kabinett am vergangenen Mittwoch beschlossen. Kurzfristig wollen wir die Ausgabenzuwächse bei den Arzneimitteln durch ein Preismoratorium und durch eine Erhöhung des Rabatts begrenzen, den Pharmaunternehmen für eine bestimmte Arzneimittelgruppe den gesetzlichen Krankenkassen einräumen müssen. Langfristig wollen wir durch ein neues Instrumentarium sicher stellen, dass bei der Erstattung neuer und besonders teurer Arzneimittel die Versicherten nur für einen tatsächlichen Zusatznutzen, nicht aber für eine Scheininnovation zahlen.

I. Die Woche im Parlament

- Der **Jahresbericht 2009 des Wehrbeauftragten** befasst sich im Schwerpunkt mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, insbesondere mit Klagen über Defizite bei der persönlichen Ausrüstung und fehlendem Gerät. Weitere Themen sind die Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen, die Situation des Sanitätsdienstes, die Perso-

nalregeneration, das neue Beurteilungssystem der Bundeswehr sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- In zweiter und dritter Lesung steht das **Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** zur Verabschiedung an. Mit ihm wird der Ausbau der Photovoltaik weiter vorangetrieben, etwa durch die Verdoppelung des Ausbauzieles. Zugleich wollen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik infolge stark gesunkener Modulpreise umsetzen. Neben differenzierten Vergütungsabsenkungen wird die Förderung von Freiflächenanlagen auf Anlagen ausgerichtet, die auf versiegelten Flächen, Konversionsstandorten und entlang von Autobahnen und Schienenwegen errichtet werden. Eine Vergütung für Anlagen auf Ackerflächen entfällt ab dem 1. Juli 2010. Ausgenommen hiervon sind Anlagen, die zum 25. März 2010 bereits einen Bebauungsplan vorweisen konnten und bis zum Ende des Jahres 2010 in Betrieb genommen werden.
- Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Ausführungsgesetz zur EU-Ratingverordnung** verabschieden, das zur besseren Aufsicht über Ratingagenturen beitragen soll. Den Ratingagenturen wird in der Finanzmarktkrise ein folgenreiches Versagen zum Vorwurf gemacht, da sie die schlechte Marktlage nicht früh genug in ihren Ratings zum Ausdruck gebracht und bei Zuspitzung der Krise diese nicht rechtzeitig angepasst haben. So wurde ein System der vermeintlichen Sicherheit geschaffen, das es zukünftig auszuschließen gilt.
- In erster Lesung debattieren wir das **Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende**, mit dem die Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende an die verfassungsrechtlichen Vorgaben angepasst und zukunftssicher gestaltet wird. Es ist vorgesehen, dass die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen im Regelfall in gemeinsamen Einrichtungen, den Jobcentern, zusammen arbeiten und ihre Leistungen aus einer Hand erbringen. Daneben werden die bestehenden Optionskommunen dauerhaft abgesichert. Zusätzlich können nach einem geregelten Verfahren und nach festgelegten Kriterien weitere Optionskommunen zugelassen werden. Mindestens drei Viertel aller Grundsicherungsstellen werden Jobcenter sein, höchstens ein Viertel (maximal 110) werden Optionskommunen sein. Weiteres zentrales Element der Neuorganisation ist die Verbesserung der Verantwortlichkeiten und Aufsichtsbeziehungen zwischen den Gremien auf lokaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene. Mit dem in erster Lesung anstehenden **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e)** wird die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Neuorganisation und Weiterentwicklung der Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende geschaffen werden.

- Das in erster Lesung anstehende **Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen** enthält erhebliche Vereinfachungen und Erleichterungen des Vollstreckungshilfeverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten der EU im Bereich der Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen. Nach den Rahmenbeschlüssen zum Europäischen Haftbefehl, zur Sicherstellung von Beweismitteln und zur Anerkennung von Einziehungsentscheidungen handelt es sich um das vierte Rechtsinstrument, das auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung strafrechtlicher Entscheidungen beruht.
- In erster Lesung debattieren wir das **23. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföGÄndG)**, mit dem durch spürbare Leistungs- und Strukturverbesserungen das BAföG als individuelle Bildungsfinanzierung weiterentwickelt wird. Die Bedarfssätze der Auszubildenden werden im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und im SGB III um 2 % angehoben, die Freibeträge um 3 %. Auch wird die Vereinbarkeit von individueller Familien- und Ausbildungsplanung verbessert. Das in erster Lesung anstehende **Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms** ist neben dem BAföG und Bildungssparen eine weitere Säule der Studienfinanzierung, die auf den Abbau von Hürden gerichtet ist, an denen individueller Bildungsaufstieg scheitern kann. Die Stipendien in Höhe von 300 Euro monatlich sollen zur Hälfte von der Wirtschaft finanziert werden, die ein vitales Interesse an der Ausbildung hochqualifizierter Nachwuchskräfte und an einer engen Vernetzung mit den Hochschulen hat. Das Stipendienprogramm zielt darauf ab, begabte Studierende zu unterstützen, die Eigenverantwortung und Profilentwicklung der Hochschulen zu stärken und dadurch auch zur Etablierung einer neuen Stipendienkultur in Deutschland beizutragen.
- Wir befassen uns in dieser Woche mit **Übergangsmaßnahmen zur Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon**, die sich daraus ergeben, dass der Vertrag erst nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 in Kraft getreten ist. Es ist darüber das Einvernehmen zwischen Deutschem Bundestag und Bundesregierung nach § 10 EUZBBG herzustellen.

II. Daten und Fakten

- **Konjunkturbedingte Verbesserung am Arbeitsmarkt:** Die Zahl der Erwerbslosen ist im April um 162.000 auf 3,406 Millionen gesunken. Im Vergleich zum April des Vorjahres waren 178.000 Menschen weniger ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote ging damit auf 8,1 % zurück. Dass die Zahl der Arbeitslosen auch saisonbereinigt um 68.000 sank,

macht deutlich, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit seine Ursache nicht allein in der üblichen Frühjahrsbelebung, sondern darüber hinaus auch in einer konjunkturellen Aufhellung hat. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

- **Wirtschaftskrise wirkt sich kaum auf Zahl der Unternehmensgründer aus:** 2009 betrug die Rate der gesamten neuen unternehmerischen Aktivität in Deutschland 4,1 % und unterschied sich damit nicht deutlich von den Vorjahren. So standen im vergangenen Jahr 2,2 % der 18- bis 64-Jährigen im Begriff, ein Unternehmen zu gründen. Weitere 1,9 % hatten sich während der vergangenen dreieinhalb Jahre selbständig gemacht. Im internationalen Vergleich mit 20 hoch entwickelten Ländern belegt Deutschland jedoch nur Platz 15. Deutlich vor Deutschland lagen u.a. Norwegen, Schweiz und die USA. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)
- **Soziale Marktwirtschaft hilft durch die Krise:** Dank der sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland vergleichsweise gut durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 gekommen. Die sozialen Sicherungssysteme wirken stabilisierend und helfen, die Krisenfolgen abzufedern. Zu diesem Ergebnis kommt eine international vergleichende Untersuchung der Bertelsmann Stiftung über das Krisenmanagement in 14 Staaten. Einrichtungen wie Kurzarbeit oder Arbeitszeitkonten, die zu Beginn der Krise bereits existierten und nur angepasst werden mussten, stellen einen klaren Vorteil gegenüber anderen Ländern dar. Sie erweisen sich als eine neue Form von automatisch wirkenden Stabilisatoren. (Quelle: Bertelsmann Stiftung)